

II-802 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
X. Gesetzgebungsperiode

12.8.1965

304/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 275/J

des Bundeskanzlers Dr. K l a u s

auf die Anfrage der Abgeordneten Z a n k l und Genossen,  
betreffend Regelung der vermögensrechtlichen Angelegenheiten der  
ehemaligen Landkreise in Österreich.

-.--.-.-.-

Unter Nr.275/J haben die Abgeordneten zum Nationalrat Zankl,  
Steiner (Kärnten) und Genossen am 23. Juni 1965 unter Berufung auf eine  
schriftliche Anfragebeantwortung des Bundesministers für Finanzen vom  
15. Jänner 1965, 202/A.B. zu 193/J, an die Bundesregierung die Anfrage  
gerichtet, ob

a) bereits geklärt sei, welches Ressort für die Ausarbeitung eines  
Gesetzentwurfes betreffend die Regelung der vermögensrechtlichen Angelegen-  
heiten der ehemaligen Landkreise in Österreich zuständig ist und ob

b) mit der Vorlage einer diesbezüglichen Regierungsvorlage noch in  
der Frühjahrssession gerechnet werden kann.

Auf Grund des Beschlusses der Bundesregierung beehre ich mich, diese  
Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

Zu a):

Gemäß dem der Bundesregierung am 3. Dezember 1964 zugestellten Er-  
kenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 12. Dezember 1963, K II-5/63-17  
(vgl. die Kundmachung BGBl.Nr. 289/1964) ist die Regelung der vermögens-  
rechtlichen Angelegenheiten der ehemaligen Landkreise eine Angelegenheit  
der 'Organisation der Verwaltung in den Ländern' nach Art. 12 Abs. 1 Z. 1  
des Bundes-Verfassungsgesetzes. Die Vorbereitung des dieser Kompetenzfest-  
stellung entsprechenden Grundsatzgesetzes des Bundes fällt in die Zuständig-  
keit des Bundesministeriums für Inneres.

Zu b):

Da die Vorbereitung dieses Gesetzentwurfes noch die Klärung einer  
Reihe von Vorfragen erfordert, war es nicht möglich, eine entsprechende  
Regierungsvorlage noch in der Frühjahrssession 1965 dem Nationalrat zur ver-  
fassungsmäßigen Behandlung vorzulegen. Dies vor allem auch deshalb, weil die  
in erster Linie interessierten Bundesländer bisher die erbetene Stellung-  
nahme hinsichtlich ihrer Wünsche und Vorstellungen über die Gestaltung der  
in Aussicht genommenen bundesgrundsatzgesetzlichen Regelung noch nicht end-  
gültig abgegeben haben.

-.--.-.-.-